

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 pabn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Gert Börnsen MdL zur Notwendigkeit, Warschau und der Solidarnosc zu helfen: Polnische Eindrücke.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB zum Erfordernis des inneren Dialogs in der DDR: Neue soziale Bewegungen letzte Chance für die SED.

Seite 3

Gerd Wartenberg MdB zum CDU-Parteitagbeschluss zur Ausländer- und Asylpolitik: Die CDU bleibt in ihrer Bremsenrolle.

Seite 4

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB zum 50. Todestag von Otto Wels: Mit Mut die Demokratie verteidigt.

Seite 6

44. Jahrgang / 178

15. September 1989

Polnische Eindrücke

Zur Notwendigkeit, Warschau und der Solidarnosc zu helfen

Von Gert Börnsen MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein

I.
Mit dem großartigen Sieg der Solidarnosc bei den Wahlen zum polnischen Parlament, dem Sejm, hat sich fast schlagartig ein totaler Wandel im polnischen Staat vollzogen. Polen ist auf dem Weg zu einer pluralistischen Demokratie. Es gibt in dem Land, in dem bei zahlreichen Zusammenstößen seit der Gomulka-Zeit immer wieder Arbeiter erschossen und Priester ermordet wurden, keine politische Unterdrückung mehr. Niemand braucht mehr persönliche Konsequenzen zu befürchten, wenn er seine politische Meinung kundtut. Das Wort des neuen Ministerpräsidenten, er wolle Polen von einer Diktatur zu einer Demokratie wandeln, entspricht dem Bewußtsein der Menschen. Zu Recht fordert Masowiecki, daß die Polen für dieses Ziel die Ärmel aufkrempeln und mithelfen.

Für uns in der Bundesrepublik Deutschland heißt das: für politisches Asyl gibt es keinen Grund mehr. Flüchtlinge aus Polen können nicht länger anerkannt werden. Auch Duldungen sind nicht mehr nötig. Und wer seine behauptete Deutschstämmigkeit nicht ganz zweifelsfrei nachweisen kann, sollte nach Polen zurückgeschickt werden.

II.
Die wirtschaftliche Lage in Polen ist katastrophal, der Zloty hat den Wert von Spielgeld. Zu Recht fordern die Solidarnosc-Vertreter bundesdeutsche Investitionen und Finanzhilfen. Aber mit dem gleichen Recht wird ihnen mit dem Argument begegnet: zuerst die Währungsreform, zuerst stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse schaffen, damit Investitionen nicht im Sand versickern. Wer aber investiert in einem Land, aus dem noch immer Hunderttausende flüchten? Auch dies ist ein Argument, von uns aus den Flüchtlingsstrom zu bremsen: wir sollten den Menschen helfen, im Land zu bleiben, zu arbeiten und dafür angemessenen Lohn zu erhalten. Der politische Wirtschaftsaufbau - so betonen die Solidarnosc-Funktionäre - braucht die Arbeitskraft aller und die Unterstützung der Nachbarländer.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vervielfältigung
mit dem Namen Rotations
Reprographie



Wir sollten den Austausch von Menschen aus staatlicher Verwaltung und wirtschaftlichem Management sowie von Know-How nach Kräften fördern, um Erfahrungen weiterzugeben und den Handel voranzutreiben. Nicht zuletzt unsere schlimmen Erfahrungen mit der Umweltzerstörung werden in Polen augenblicklich nachgeholt, ohne daß das Land über unsere Alternativen oder Lösungsmöglichkeiten verfügt.

III.

Die Solidarnosc war bisher eine Gewerkschaft, eine Bürgerrechtsbewegung, - aber keine politische Partei mit Orts- und Kreisverbänden und einer landesweiten Organisation. Es gibt kein Programm, außer der Forderung nach Demokratie. Zwischen der Gewerkschaft und den Abgeordneten, die jetzt im Parlament und Regierung grundsätzliche Entscheidungen für das Land treffen sollen, wird es bald Auseinandersetzungen geben. Manche sprechen vom drohenden Auseinanderfallen der Solidarnosc. Auch die Katholische Kirche - die wichtigste Stütze der Gewerkschaft - erhebt gesellschaftspolitische Forderungen, denen die neue Regierung nicht wird folgen können.

Wir müssen die politische Entwicklung der Solidarnosc-Partei fördern und die Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung und auch der Kirche unterstützen. Auch SPD und DGB entsamen den gleichen Wurzeln der Arbeiterbewegung - aber sie erfüllen unterschiedliche Aufgaben in verschiedenen Rollen und können daher nicht meinungsgleich sein.

Sozialdemokraten und deutsche Gewerkschaften können in dieser Situation, in der die Solidarnosc Beratung braucht, unendlich viel zum Erfolg der Demokratie in Polen beitragen.

(-/15.9.1989/va-he/rs)

* * *

Neue soziale Bewegungen letzte Chance für die SED

Zum Erfordernis des inneren Dialogs in der DDR

Von Gert Weisskirchen MdB

Der Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der Sowjetunion, Polen und Ungarn hat die DDR erreicht.

Im Herbst 1989 erlebt die DDR einen Frühling der Pluralisierung. Die Verweigerungshaltung der SED-Führung gegenüber Glasnost und Perestrojka hat zu einem Stau der Reformwartungen in der Bevölkerung geführt. Die innergesellschaftlich errichteten Mauern von Diskussionsverboten reißen ein.

Von unten wachsen aus der Bevölkerung neue soziale Bewegungen heran, die begonnen haben, sich in ihre eigenen Verhältnisse einzumischen.

Die Führung der SED hat sich durch ihre Bewegungslosigkeit in eine Sackgasse manövriert. Fällt sie in den brutalen Stalinismus zurück, dann verliert sie die letzten Rudimente ihrer Legitimation. Am Ende dieses Weges stünde die völlige Selbstisolation auch gegenüber den übrigen Staaten des Warschauer Pakts.

Die neuen sozialen Bewegungen sind eine letzte Chance für die SED. Sie sind bereit zur Kooperation.

Sie wollen für ihre Gesellschaft eine neue Demokratie wagen - nicht gegen die SED.

Sie wollen die Ökologisierung der Ökonomie - nicht gegen den Sozialismus.

Sie wollen Freiheit für den Menschen in der DDR - nicht gegen ihren Staat.

Dialog ist die unverzichtbare Bedingung für einen friedlichen Prozeß der gesellschaftlichen Transformation.

Wir Sozialdemokraten haben seit vielen Jahren zu diesem Dialog unseren Beitrag geleistet. Und wir haben mit allem gesellschaftlichen Gruppen in der DDR gesprochen. Mit den Vertretern des Staates, der Kirchen und den neuen sozialen Bewegungen.

Wir ermutigen die unabhängigen Gruppen in der DDR, in ihrer Dialogbereitschaft nicht nachzulassen.

Wir fordern die SED-Führung auf, endlich zu verwirklichen, wozu sie im gemeinsamen Papier mit der SPD sich verpflichtet hat: „Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile, muß innerhalb jedes Systems, möglich sein“. Und: „Gesellschaftssysteme stehen immer wieder vor neuen Aufgaben, die sie ohne Veränderung, Fortentwicklung und Reform nicht bewältigen können.“

(-/15.9.1989/vo-he/rs)

Die CDU bleibt in Ihrer Bremserrolle

Zum CDU-Parteitagbeschuß zur Ausländer- und Asylpolitik

Von Gerd Wartenberg MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises für Inneres,
Bildung, Sport der SPD-Bundestagsfraktion

Unbestritten ist der CDU-Parteitagbeschuß zur Ausländer- und Asylpolitik im Vergleich zu bisherigen Äußerungen aus den Reihen der Union ein gewisser Fortschritt.

Skepsis ist allerdings angebracht. Denn dieser Beschuß trägt einen Janus-Kopf. Einerseits enthält er im christlichen Verständnis das Bekenntnis zu einem guten Miteinander von Deutschen und Ausländern und fordert zu Recht, daß die Situation der bei uns lebenden Ausländer verbessert wird. Wenn diese Forderungen auch ein gutes Stück hinter unseren Vorstellungen von einer humanen und liberalen Ausländerpolitik zurückbleiben, so gehen sie doch in die richtige Richtung.

Andererseits ist der Beschuß zur Flüchtlings- und Asylpolitik, abgesehen von Vorschlägen zur Beschleunigung der Asylverfahren, konzeptionslos und geeignet, ausländerfeindlichen Tendenzen erneut Vorschub zu leisten.

Dies zeigt sich in folgendem:

- Die Forderung nach einer Änderung von Art. 16 GG ist, wie auch die CSU-Politiker Waigel und Stoiber einräumen, nicht realisierbar.

Warum wird sie jetzt zum wiederholten Male erhoben?

- Die Zurückweisung von Flüchtlingen durch die Grenzbehörden widerspricht dem Grundrecht auf Asyl und ist daher ebenfalls nicht durchsetzbar. Außerdem geht dieser Vorschlag weitgehend ins Leere, sobald die Grenzkontrollen innerhalb der EG beseitigt sein werden.

Warum wird ausgerechnet dieser Vorschlag jetzt in den Vordergrund gestellt?

- Der CDU-Beschluß wiederholt sehr undifferenziert die alte These, das Asylrecht werde durch „Mißbrauch“ ausgehöhlt. Gleichzeitig bleibt unausgesprochen, daß Ostblock-Flüchtlinge, für die es noch bis zum Frühjahr dieses Jahres Sonderregelungen gab, den größten Teil der Asyl-

bewerber stellen und daß abgelehnte Asylbewerber allgemein in allen Bundesländern aus guten Gründen bisher nur verhältnismäßig selten abgeschoben werden.

Warum wird an dem Reizwort „Asylmißbrauch“ festgehalten und auf diese Weise all denjenigen ein Vorwand gegeben, die Flüchtlingen grundsätzlich wirtschaftliche Motive unterstellen?

- Die Überprüfung des Arbeitsverbots für Asylbewerber, die wir begrüßen, wird von der CDU aus populistischen Erwägungen nicht etwa mit dem Gebot der Humanität begründet, sondern damit, daß Asylbewerber nicht der Sozialhilfe zur Last fallen sollen. Indem so getan wird, als müßten Asylbewerber endlich zur Arbeit angehalten werden, werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt.

Warum bringt es die CDU nicht fertig, einzugestehen, daß das lange Arbeitsverbot für Asylbewerber ein Fehler war, der rückgängig gemacht werden muß?

Fazit: Die CDU übernimmt in der Ausländerpolitik gegenüber den Forderungen von Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden eine Bremserrolle. Die Vorschläge zum Flüchtlings- und Asylrecht sind außerdem als Zugeständnis an die CSU und die Republikaner zu werten.

Dieser CDU-Parteitagbeschuß birgt die Gefahr in sich, daß zwischen guten und schlechten Ausländern unterschieden wird. Die guten Ausländer sind diejenigen, die hier schon länger als Arbeitnehmer leben, die schlechten Ausländer diejenigen, die unter „Mißbrauch“ des Asylrechts aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen wollten. Ausländer werden dadurch gegeneinander ausgespielt. Damit wird fortgesetzt, was bereits im Ausländerentwurf aus dem Hause des früheren Bundesinnenministers Zimmermann angelegt war.

Der CDU-Parteitag hat es versäumt, ausländerfeindlichen Tendenzen einen Riegel vorzuschieben. Der Parteitagbeschuß öffnet für solche Tendenzen vielmehr ein Ventil.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird weiter auf der Grundlage ihrer dazu im Bundestag eingebrachten Anträge für ein humanes und liberales Ausländer- und Asylrecht eintreten. Wir halten es insbesondere für unabdingbar, daß sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene nachdrücklich für eine tragfähige Flüchtlings- und Asylkonzeption einsetzt, die das Grundrecht auf Asyl beachtet.

(-/15.9.1989/vo-he/rs)

* * *

Mit Mut die Demokratie verteidigt

Zum 50. Todestag von Otto Wels

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD

Am 16. September vor 50 Jahren, wenige Tage nachdem Deutschland unter Hitler mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg entfesselt hatte, starb Otto Wels. Er starb in Paris, im Exil, als Vorsitzender einer verbotenen Partei, deren Mitglieder und Funktionäre zu Tausenden verfolgt, verhaftet, vertrieben und ermordet wurden.

Noch am 1. September 1939 hatte Otto Wels zusammen mit seinen Freunden von Paris aus einen „Aufruf an das deutsche Volk“ gerichtet. Darin forderte er zum Kampf gegen den Faschismus auf und versicherte, daß die Sozialdemokraten „als verbündete Kraft an der Seite aller Gegner Hitlers stehen, die für die Freiheit und die Kultur Europas kämpfen“. Wenige Tage vor seinem Tod bekräftigte Otto Wels mit diesem Aufruf zum letzten Mal den Willen der Sozialdemokraten, einen Frieden mitzuschaffen, der - wie es in dem Text hieß - „die Gewaltakte Hitlers wiedergutmacht, dem totalitären System ein Ende setzt und dem deutschen - wie allen vergewaltigten Völkern - Recht und Freiheit wiedergibt“.

20 Jahre lang, von 1919 bis zum seinem Tod 1939, hatte Otto Wels an der Spitze der SPD in schwierigster Zeit die Geschicke der deutschen Sozialdemokratie mitbestimmt. Er hat seinen vollen Beitrag geleistet, als die SPD nach dem Ersten Weltkrieg dem Hunger, dem Elend und der Hoffnungslosigkeit die Stirn bot, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen wie das Frauenwahlrecht und den Acht-Stunden-Tag durchsetzte und die Republik von Weimar schuf. Später verteidigte Otto Wels mit Entschlossenheit und Mut diese Republik. Als 1920 reaktionäre und rechtsradikale Kräfte während des Kapp-Putsches die Republik zerstören wollten, rief er mit anderen zum Generalstreik auf, der die junge Demokratie rettete. Er war auch ein erbitterter Gegner der Nationalsozialisten. Sein fester Glaube an den Sieg der Freiheit über die Unterdrückung, der Wahrheit über die Lüge und des Rechts über das Unrecht war die Grundlage seines unablässigen Bemühens, das Unheil abzuwenden, aber auch seiner Hoffnung, daß dies gelingen werde.

Nach Hitlers Machtergreifung widersprach Otto Wels am 22. März 1933 im Deutschen Reichstag für seine Fraktion dem Hitlerschen Ermächtigungsgesetz, dem alle anderen Fraktionen zustimmten. In einer historischen Rede bekannte er sich unerschrocken „zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus“. Der Satz „Freiheit und Leben können Sie uns nehmen, die Ehre nicht“, den er Hitler ins Gesicht schleuderte, zeugt seitdem ebenso für die moralische Integrität der deutschen Sozialdemokratie wie der weitere Satz: „Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“

50 Jahre nach seinem Tode verneigen wir uns mit Respekt und Dankbarkeit vor dem Manne, der in den entscheidenden Stunden diese Worte fand und damit in die Geschichte unseres Volkes eingegangen ist. Und wir geloben an diesem Tage, daß wir alles tun wollen, um in seinem Geiste den Anfängen eines neuen Rechtsextremismus zu wehren.

(-/15.9.1989/vo-he/rs)